

Der Kriegskurs der AKP- Regierung muss gestoppt werden!

Auf zur bundesweiten Demonstration nach Köln, 12:00 Uhr, Ebertplatz, am 8. August 2015

Die Türkei wird gegenwärtig durch die unberechenbare und gefährliche Politik der AKP- Regierung in ein Chaos gestürzt, das schwerwiegende Folgen für die Menschen in der Türkei, aber auch für den ganzen Nahen- Osten haben würde.

Der grausame Anschlag am 24. Juli 2015 in Suruc, wo 32 junge Menschen getötet und über 100 verletzt wurden, war ein deutliches Warnzeichen dafür wie unbehelligt der IS in der Türkei sich bewegen kann. Alles deutet darauf hin, dass dieser schrecklicher Anschlag verhindert werden könnte, wenn die Regierung entschiedener gegen den IS vorgegangen wäre und diese nicht so walten ließe wie bisher. Inzwischen ist die Terrorgruppe IS in der Türkei ziemlich gut organisiert, und über kurz oder lang wird der IS auch ein großes Problem in der Türkei sein.

Die AKP – Regierung auf Kriegskurs

Die AKP- Regierung, insbesondere der Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan, haben die Ergebnisse der Wahlen von 7. Juni nicht verkraften können. Mit den Wahlen endete die Alleinherrschaft der AKP, das angestrebte Präsidialsystem, die „ein Mann Diktatur“ Pläne von R. Tayyip Erdogan. Trotz jegliche Hindernisse hat die HDP die undemokratische 10% Hürde überwunden und 13% der Stimmen auf sich vereinigen können.

Nun versucht die AKP durch eine schier ungezügelter Gewalt und Repressionswelle (seit dem 24. Juli sind im Zuge der Verhaftungswelle ca. 1300 Menschen verhaftet, oppositionelle Medien wie die Tageszeitung Evrensel und Gündem bedroht, an die 100 Internetseiten unterschiedlicher Nachrichten Portale gesperrt, friedliche Proteste von der Polizei brutal angegriffen und verboten, sogar Beerdigungszeremonien verhindert worden), Angst und Chaos zu verbreiten. Doch die breite Masse der Menschen in der Türkei, welcher Ethnie und Religion sie auch angehören mögen, haben den Krieg und die Repressionen satt. Sie wollen Freiheit und Demokratie.

Schein Angriffe auf IS Stellungen – Gezielte Angriffe auf kurdische Stellungen

Nach dem der IS türkische Soldaten an der türkisch - syrischen Grenze angegriffen hat und der internationale Druck immer größer wurde, bombardierte die Türkei Stellungen des IS. Beobachter jedoch berichten, daß das türkische Militär nur unbedeutende oder gar längst verlassene Stellungen des IS bombardieren würde, aber dafür um so heftiger die PKK-Stellungen in Nord-Irak und Ost-Türkei angreifen

würde. Zeitgleich mit den Angriffen auf kurdische Einheiten, kündigte Erdogan den Friedensprozess mit den Kurden auf. Unterdessen versucht die AKP mit der bereitwilligen Hilfe der rechtsradikalen MHP (Nationale- bewegungs Partei), zu schwächen, damit im Falle einer Neuwahl, die HDP nicht die 10% Hürde schaffen kann. Trotz allen Hasses und Gewalt, die die Kurden und die HDP begegnen, geben sie nicht auf weiterhin nach Dialog und Frieden zu rufen.

Türkeihilfe stoppen

Die westlichen Staaten und allen voran die BRD sollten die Türkei nicht unterstützen

Die Genehmigung der Waffenexporte an die Türkei und die Stationierung von Patriot-Raketen in der Türkei durch die Bundesregierung, das sture Festhalten am PKK-Verbot durch das Bundesinnenministerium, die zur Verfügung Stellung von geheimdienstlichen Information an die Türkei durch die NATO oder die Verhaftung von türkischen und kurdischen Oppositionellen spielen ausschließlich in die Hände des fast schon diktatorisch regierenden Erdogans und seiner AKP. Somit wird deren Politik in Syrien, die Unterstützung des IS, der Kriegskurs gegen die KurdInnen, der islamistische Kurs gegen AlevitInnen, ChristInnen und Nicht-Gläubige, die neoliberale Wirtschaftspolitik und die krasse Ausbeutung von ArbeiterInnen, die sexistische Politik gegen Frauen oder die autoritäre Politik gegen junge Menschen direkt und indirekt durch die BRD, die EU oder die NATO gefördert.

Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie endlich ihre Politik zur Türkei ändert, jegliche Waffenexporte in die Türkei und die Region stoppt sowie ihren Beitrag zur friedlichen Lösung der kurdischen Frage, durch die Aufhebung des PKK-Verbotes, leistet.

Unsere Solidarität gilt den Stimmen nach Frieden und Demokratie in der Türkei. Freiheit statt Gewalt / Solidarität statt Spaltung / Demokratie statt Diktatur.

Wir fordern von der türkischen Regierung:

- Wiederaufnahme des Friedensprozesses
- Sofortiger Stopp der sog. „Anti-Terror-Operationen“
- Respekt des politischen Willens, der aus den Parlamentswahlen hervorging!
- Hände weg von der Presse- und Meinungsfreiheit!
- Freilassung aller verhafteten Oppositionellen!
- Einrichtung eines humanitären Korridors nach Rojava!

DIDF

Föderation Demokratischer Arbeitervereine

Hansemann Str. 17-21 50823 Köln

Tel: 0221-925 54 93 FAX: 0221-925 54 95 www.didf.de, didf@didf.de